

## Kommt die Doppelrente mit einem Staatsfonds?

– 'k-mi'-Interview mit den Vorständen Friedrich Bohl und Dr. Helge Lach des BDV Bundesverband Deutscher Vermögensberater (Teil 1) –

Der BDV Bundesverband Deutscher Vermögensberater vertritt als größter Berufsverband mit rund 13.500 Mitgliedern die Interessen selbstständiger Vermögensberater. Seit seiner Gründung im Jahr 1973 trägt der Verband somit dazu bei, die Notwendigkeit der privaten Vorsorge als Ergänzung der staatlichen Sicherungssysteme breiten Bevölkerungskreisen zu erklären und Lösungen sowie Produkte bereitzustellen.

### Welche politischen Strömungen stellen Sie derzeit fest, mit denen die Branche konfrontiert ist?

Dr. Helge Lach, Stellv. Vorsitzender des BDV: *"In Brüssel als auch in Berlin gibt es, obwohl die Lehman-Krise bereits lange abgearbeitet wurde, politische Kräfte, die weiterhin gegenüber der Finanzbranche negativ eingestellt sind und die Marktregulierung immer weiter vorantreiben wollen. Ein bekanntes Beispiel ist, weg von der Provision, hin zur Honorarberatung. Ein Stück weit steckt da Ideologie dahinter. Denn die Vermittler in Deutschland waren nicht diejenigen, die älteren Menschen für die Altersvorsorge Lehman-Zertifikate verkauft haben. Und es gibt auch sonst keine nachweisbaren Missstände in der Beratung. Warum also immer mehr Regulierung? Das führt am Ende dazu, dass es immer weniger Vermittler geben wird, weil die Belastung mit Bürokratie von Jahr zu Jahr zunimmt. Das nutzt dem Kunden nichts, im Gegenteil. Und es nimmt jede Freude an der Beratung zu so wichtigen Themen wie Altersvorsorge und Geldanlage. Genau dafür treten wir aber an."*



v.l.: Friedrich Bohl, Dr. Helge Lach

### Fehlt den Politikern das Verständnis für die Nöte der Menschen in Finanzfragen?

Friedrich Bohl, Kanzleramtsminister a. D. und Vorsitzender des BDV: *"Das ist ähnlich wie mit der Medizin. Wenn ich Schmerzen habe und damit nicht zurechtkomme, gehe ich zum Arzt. Der diagnostiziert und verschreibt mir das passende Medikament. Auch bei Finanzfragen kennen sich neun von zehn Bürgern nicht aus. Sie brauchen deshalb einen Berater, der den Bedarf ermittelt und die passenden Finanzprodukte empfiehlt. Es gibt durchaus Politiker, die das sehen und den Berufsstand der Berater und Vermittler unterstützen. Es gibt aber eben auch andere, die uns unterstellen, die Kunden ständig zu übervorteilen. Warum sollte ein Vermittler dies tun? Er würde sich seiner Existenzgrundlage berauben. Denn man kann diesen Beruf nur dann erfolgreich ausüben, wenn die Kunden zufrieden sind. Nur dann erhält man Empfehlungen und kann mit Folgegeschäften rechnen. Außerdem kommen die meisten Kunden aus dem unmittelbaren sozialen Umfeld des Vermittlers. Es würde sich sehr schnell herumsprechen, wenn ein Vermittler nicht ordentlich berät."*

### Die Rente dürfte angesichts der demographischen Entwicklung und im Vorfeld der kommenden Bundestagswahl 2021 wieder ein gewichtiges Sachthema sein. Überraschenderweise will die CDU zukünftig die Rente im Umlageverfahren um eine neue, sogenannte Doppelrente ergänzen, die über einen Staatsfonds finanziert wird. Was halten Sie von den Plänen?

Bohl: *"Es ist gut und sicher auch notwendig, dass sich die Politik einer Reform des Alterssicherungssystems annimmt. Zum Vorschlag einer Doppelrente muss man aber wissen, dass dieser lediglich von einer Arbeitsgruppe innerhalb der CDU erarbeitet wurde. Die Doppelrente ist insoweit, zumindest bis jetzt, nicht Teil des Parteiprogramms. Wäre dies der Fall, würde uns dies erheblich irritieren. Denn private eigenverantwortliche Vorsorge würde dann so gut wie gar nicht mehr stattfinden. Die Bürger wären, was ihre Altersvorsorge angeht, im Grunde entmündigt. Wir hätten solche Ideen politisch nicht gerade bei der Union, sondern eher am links-außen Rand der Politik vermutet."*

Ihr direkter Draht ...



0211/6698-164

Fax: 0211/6698-777

e-mail: [kmi@kmi-verlag.de](mailto:kmi@kmi-verlag.de)

... für den vertraulichen Kontakt

#### Impressum

markt intern Verlagsgruppe – kapital-markt intern Verlag GmbH, Grafenberger Allee 337a, D-40235 Düsseldorf. Tel.: +49 (0)211 6698 199, Fax: +49 (0)211 6698 777. [www.kmi-verlag.de](http://www.kmi-verlag.de). Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Dipl.-Ing. Günter Weber. Gerichtsstand Düsseldorf. Handelsregister HRB 71651. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Verlages.

kapital-markt intern Herausgeber: Dipl.-Ing. Günter Weber. Chefredakteur: Redaktionsdirektor Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Redaktionsdirektor Rechtsanwalt Gerrit Weber. Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen, Rechtsanwalt Dr. Axel J. Prümm, Christian Prüßing M.A., Dipl.-Oec. Curt Jürgen Wulle. Druck: Theodor Gruda, [www.gruda.de](http://www.gruda.de). ISSN 0173-3516

## Die Idee, Rente mit Staatsfonds, ist ja nicht neu. Welcher Sinn wird damit verfolgt?

Dr. Lach: "Dahinter steckt die zunächst richtige Erkenntnis, dass eine rein umlagefinanzierte gesetzliche Rente den auf uns zukommenden, gewaltigen Lasten der Demografie nicht gewachsen sein wird. Die Befürworter eines Staatsfonds setzen deshalb auf ergänzende kapitalgedeckte Vorsorge, die nicht von der Demografie, sondern von den Kapitalmärkten abhängt. Wir stellen uns aber die Frage, warum der Staat diesen Teil der Altersvorsorge der privaten Wirtschaft entziehen will, die ja heute insbesondere über private Rentenversicherungen und Fondssparpläne diesen Teil abdeckt. Warum sollte der Staat der bessere Kapitalanleger sein? Es gibt leider Politiker, die den privaten Anbietern die Schuld dafür geben, dass bei Garantieprodukten nicht mehr das herauskommt, was vor Jahren noch möglich war. Die Ursache dafür ist einzig und allein der niedrige Zins, und dem wäre auch ein Staatsfonds ausgesetzt. Die privaten Anbieter und ihre Kunden haben darauf längst die richtigen Antworten: Fondsgebundene Rentenversicherungen, Fondssparpläne und Produkte, die keine 100%-Garantien mehr vorsehen. Allein beim Riester-Sparen gibt es noch eine Bruttobeitragsgarantie. Und die ist gesetzlich vorgeschrieben. Wir fordern deshalb schon lange von der Politik, den privaten Anbietern endlich die gesetzliche verordnete Daumenschraube abzunehmen, und ihnen nicht Versagen vorzuwerfen. Die Politik allein trägt die Verantwortung dafür, dass das Riester-Sparen zunehmend erodiert."

## In der Politik gibt es Stimmen, die das Riester-Sparen ganz anders reformieren wollen: Mit einem Obligatorium und mit einem Kostendeckel. Was ist davon zu halten?

Bohl: "Das geht am Ende in die gleiche Richtung wie die Doppelrente: Neben der gesetzlichen Rente, die ja schon ein Zwangssystem ist und der Doppelrente, die ebenfalls verpflichtend sein soll, gibt es dann auch noch den Zwang zum Riester-Sparen. Wo bleibt da die Eigenverantwortung der Bürger, wenn alles nur noch auf staatlichem Zwang beruht? Das wollen die Menschen nicht. Gerade jetzt in der Corona-Zeit sehen wir doch ganz deutlich, dass wir Freiheit haben wollen und eben nur das zwingend Notwendige vom Staat geregelt wird. Das gilt auch für das Sparen und die Altersvorsorge. Die Bürger wollen selbst entscheiden, was sie mit ihrem erarbeiteten Lohn machen. Wenn die Politik den Bürgern durch Zwang immer mehr davon wegnimmt, wird der Bürger entmündigt. Und durch einen Kostendeckel wird das Ganze noch schlimmer. Denn dann wird es keine Beratung mehr geben, weil diese nicht mehr finanzierbar ist. Wer erklärt den Bürgern dann die Produkte? Ganz offen, nicht dass wir das befürworten: Aber wenn es schon politische Lager gibt, die in der Alterssicherung deutlich mehr Staat und Zwang haben wollen, wäre es viel transparenter, effizienter und vor allem ehrlicher, den Beitragssatz in der gesetzlichen Rente von heute 18,6 Prozent zum Beispiel auf 24 Prozent anzuheben. Das traut sich aber kein Politiker, weil der Aufschrei groß wäre."

## Wie stehen Sie dazu, dass bei der Doppelrente das gesamte Einkommen herangezogen werden soll?

Dr. Lach: "Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze wäre nichts anderes als eine massive Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung. Die großen Herausforderungen, vor denen das System bedingt durch die Demografie steht, werden dadurch noch größer. Viel wichtiger aber: Man entzieht genau den Bürgern noch mehr Geld für die gesetzliche Rente, die ohne weiteres finanziell in der Lage sind, eigenverantwortlich privat vorzusorgen. Und es sind die Leistungsträger unserer Wirtschaft, also genau diejenigen, die für eigenverantwortliches Handeln stehen. Diese Menschen wollen in ihren Unternehmen genauso wie in ihrem Privatleben etwas bewegen und nicht vom Staat bewegt werden. Und wie passt diese Idee zur Intention der Politik, Altersvorsorge über selbst genutzte Immobilien als beste Form privater Vorsorge zu fördern? Gerade die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen sind diejenigen, die dafür infrage kommen. Entzieht man ihnen durch Zwang beträchtliche zusätzliche Mittel für die gesetzliche Rente, hätten sehr viele nicht mehr das Geld für die Finanzierung einer Immobilie."

## Was müsste Ihrer Ansicht nach geschehen?

Bohl: "In den letzten Jahren wurde das System der gesetzlichen Rente ohnehin schon kräftig ausgebaut. Ich nenne nur die Stichwörter Mütterrente, abschlagsfreie Rente mit 63 und Grundrente. Unser Meinung nach wäre es notwendig, jetzt die gesetzliche Rente demografiefest zu machen. Die doppelte Haltelinie ist deshalb nicht haltbar. Und wer länger als 67 Jahre arbeiten will und kann, sollte dazu auch motiviert werden. Der Versuch, die betriebliche Rente mit dem Tarifpartnermodell zu stärken, ist zumindest bis jetzt fehlgeschlagen und hat den Webfehler, dass nahezu die gesamte mittelständische Wirtschaft nicht einbezogen ist. Und genau in diesem Bereich gibt es in der BAV große Defizite. Wir brauchen mehr Anreize für Unternehmen, sich an Beiträgen in die betriebliche Vorsorge zu beteiligen. Und zwar hochflexibel, damit die Unternehmen unmittelbar aufschwankende Auftragslagen reagieren können. Für die private Altersvorsorge wurde hingegen in den letzten Jahren so gut wie nichts getan. Zuallererst sollte das Riester-Sparen reformiert werden, indem die Bruttobeitragsgarantie abgeschwächt, alle Erwerbstätigen einbezogen und die Fördersystematik sowie das Zulagenverfahren massiv vereinfacht werden. Dann wird Riester ein echtes Erfolgsmodell werden."

Fortsetzung folgt

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

steuerberater intern  
immobilien intern  
umsatzsteuer intern  
Ihr Steuerberater  
steuer tip  
GmbH intern  
EXCLUSIV (Schweiz)

Autosport  
Auto  
Taschen  
Waren  
Schmuck  
Unterhaltungselektronik  
Apotheken  
Sanitär  
Riester  
Dampfbad  
Mode  
Fachhandel  
Eisenwaren  
Werkzeuge  
Garten  
Young  
Fashion  
Schuh  
Fachhandel  
Foto  
Fachhandel  
Telekommunikation  
Spielwaren  
Modellbau  
Basteln  
Bijou  
Fachhandel  
Sport  
Fachhandel  
Elektronik  
Hörgeräte  
Wohntextil  
Handarbeiten  
Mittelstand  
Kosmetik  
Parfümerie  
Investment intern

Bank intern  
kapital-markt intern  
finanz tip  
versicherung tip  
investment intern  
inside track (USA)